

29.01.2024

Gewerkschaftsfeindlichkeit

Position des DGB

Als Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) organisieren wir 5,6 Millionen Mitglieder aus acht Gewerkschaften. Mit Mut, Kraft und Optimismus setzen wir uns für gerechte, solidarische Verhältnisse in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft ein. Der DGB ist parteipolitisch unabhängig, aber nicht politisch neutral. Unser Ziel ist, dass Arbeit und Einkommen gerecht verteilt werden und dass jede*r die gleichen Chancen erhält.

Großes erreichen wir nur gemeinsam – daher setzen wir auf unsere Stärke als Netzwerk. Mit unseren acht Mitgliedsgewerkschaften sind wir deutschlandweit vor Ort präsent. Wir unterstützen Arbeitnehmer*innen darin, für ihre Rechte einzustehen, Missstände zu benennen und für bessere Arbeitsbedingungen zu mobilisieren – auch lautstark auf der Straße. Wir leben von Engagement und Beteiligung.

Der DGB ist demokratisch aufgebaut und tritt für die weitere Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ein. Wir wenden uns aktiv gegen jede Form von Diskriminierung. Wir bekennen uns zu einem vereinten, demokratischen Europa und engagieren uns für eine kontrollierte Abrüstung weltweit. Der DGB macht sich international für das Recht auf gute Arbeit stark und arbeitet mit Gewerkschaften auf der ganzen Welt zusammen. Mit unserem Handeln schreiben wir die Geschichte von Solidarität, Emanzipation und Mitbestimmung täglich fort.

Die AfD: Der Feind der Beschäftigten

Argument von rechts: Die AfD ist gar nicht gewerkschaftsfeindlich! Die wollen sogar die Stellung der Betriebsräte stärken und gründen eigene Arbeitnehmervertretungen!

- Die AfD macht sich dafür stark, Betriebsräte die Tarifverträge verhandeln zu lassen. Was auf den ersten Blick wie eine Stärkung von Betriebsräten aussieht, ist in Wahrheit ein Angriff auf gewerkschaftliche Verhandlungsmacht.
- Als Betriebsrat wäre es kaum möglich, sich effektiv gegen die Arbeitgeber durchzusetzen. Belegschaften würden vereinzelt kämpfen müssen und wären dem Druck der Arbeitgeber ausgeliefert. Flächen- oder Branchentarifverträge wären damit quasi ausgeschlossen. Ohne die Streikkassen der Gewerkschaften wären auch längere Arbeitskämpfe kaum möglich.
- Mitbestimmung fordert die AfD zwar immer mal wieder, konkrete Forderungen nach einer Ausweitung von Mitbestimmungsrechten sieht sie dann aber nur als Belastung für die Arbeitgeber, wodurch zusätzliche Kosten, Regulierungen etc. entstehen würden.
- Das Streikrecht soll laut AfD durch zusätzliche Ordnungsfaktoren beschnitten werden, bspw. durch eine Schlichtungspflicht vor unbefristeten Streiks.

Argument von rechts: Gewerkschaften sollten sich darauf beschränken, für gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen zu kämpfen, sich aber aus anderen gesellschaftspolitischen Fragen heraushalten.

- Als Gewerkschaften haben wir ein Allgemeinpolitisches Mandat
- Das heißt: wir kämpfen überall darum, den Beschäftigten in diesem Land ein gutes Leben zu ermöglichen. Dazu gehört nicht nur ein guter und sicherer Arbeitsplatz, sondern auch bezahlbare Wohnungen, ein gutes Bildungssystem, ein gut ausgebauter ÖPNV, mit dem wir zur Arbeit kommen, eine gute öffentliche Daseinsvorsorge und vieles mehr! Wir werden auch in Zukunft für eine bessere und gerechtere Gesellschaft kämpfen – in den Betrieben und wenn nötig auch auf der Straße.
- Allein im letzten Jahr haben Gewerkschaften Tarifabschlüsse für 14,8 Millionen Beschäftigte erzielt und konnten dabei durchschnittlich 5,6 Prozent mehr Lohn (zum Vergleich: eine doppelt so hohe Zuwachsrate wie 2022) und weitere Entlastungen erkämpfen (https://www.boeckler.de/pdf/pm_ta_2023_12_07.pdf). 2024 geht es um bessere Löhne für 12 Mio. Beschäftigte, hier werden die Gewerkschaften gute Tarifverträge aushandeln. Diejenigen, die jeden Tag hart arbeiten, haben mehr verdient. Wir machen uns dafür stark!

Argument von rechts: Der DGB behauptet, politisch neutral zu sein, aber er bekämpft einseitig die AfD. Das ist nicht neutral, sondern im höchsten Maße undemokratisch!

- Parteipolitische Unabhängigkeit darf nicht mit politischer Neutralität verwechselt werden!
- Wir Gewerkschaften haben ein klares Wertefundament: Solidarität, Gerechtigkeit, Demokratie, Gleichberechtigung.
- Politische Kräfte, die diese Werte ablehnen und sich gewerkschaftsfeindlich positionieren, müssen mit unserem konsequenten Widerstand rechnen.
- Als Gewerkschaften ist uns der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Faschismus ein zentrales Anliegen. Wir sehen überall: wo rechte Regierungen an die Macht kommen, lassen Angriffe auf die freien Gewerkschaften nicht lange auf sich warten. Unser Antifaschismus ist tief in unserer DNA verankert und speist sich auch aus den bitteren Erfahrungen im Nationalsozialismus, wo die Gewerkschaften zerschlagen und viele aktive Gewerkschafter*innen verfolgt, verhaftet und ermordet wurden.

Ein paar Hinweise zur AfD:

- Die AfD will das Streikrecht beschneiden, u.a. durch „zusätzliche Ordnungsfaktoren“ bei Arbeitskämpfen, bspw. eine Pflicht für frühzeitige Ankündigungen von Warnstreiks oder unbefristete Streiks erst nach zwingenden Schlichtungsmaßnahmen. (vgl. Jürgen Pohl, Kurt Schreck: Sozialpolitische Impulse, Arbeit, Leben und Wohnen – Blau gedacht. 2021, S. 7.)
- Betriebliche Mitbestimmung sieht die AfD skeptisch und befürchtet dadurch steigende Kosten, Regulierungen und Bürokratie. Dagegen wünscht sie sich „gedeihliche Zusammenarbeit“ zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Konflikte mit dem Arbeitgeber werden als unzulässige Politisierung und Ideologisierung bezeichnet. (Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 20/100, 2023, S. 12063. <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20100.pdf>)
- Die AfD lehnt ein Tariftreugesetz auf Bundesebene ab. (Vgl. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/088/2008875.pdf> S. 3)
- Die AfD fordert zwar immer mal wieder steigende Löhne, tut aber nichts, um die Situation der Beschäftigten wirklich zu verbessern. So hat sie im Bundestag im Oktober 2019 gegen ein Gesetz für bessere Löhne in der Pflege gestimmt. Begründung: ein solches Gesetz sei ein untragbarer Eingriff in die Marktwirtschaft. Die AfD sei zwar für höhere Löhne, aber nicht so wie „das in einem sozialistischen Dritte-Welt-Land passieren würde.“ (Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 19/115, 2019, S. 14000.)